Morgen-Ausgabe

Einzelnummer 50 Pf.

„Berliner Tageblatt u. Handels-Zeitung" erscheint wöchentlich zwölfmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: Jeden Sonntag „Der Weltspiegel", jeden Dienstag „Modeus Spiegel", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", jeden Donnerstag „Sportspiegel", jeden Freitag Mitbblatt „U.T.", jeden Sonnabend „Haus Hof Garten". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterreichs, des tschechoslowakischen Staates, Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Finnlands; für alle übrigen Staaten nur mit Kreuzbd. durch d. Exp. d. Bl. mögl. Bezugspreis: Durch d. Post monatl. 18 M. einschl. Zustellg., Ausland ausschl. Postaufschlag; f. Berlin u. Vororte monatl. 18 M. b. tägl. zweimal. Zustellg. ins Haus. Unter Kreuzbd. monatl. f. d. Inland 28 M. u. Ausland 36 M. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks hab. Abnl. Bezieh. kein. Anspr. a. Nachlief. od. Erstatt. d. entspr. Entgelts. Im Großberlin ohnm. man b. d. Hauptexped. SW 19, Jerusalemer Str. 46—49 u. d. nebenstehend aufgeführt. Filialen. (Sternspr.: Zentrum 10131—10144, f. d. Fernwerk. 14207—14209.) Tel.-Adr.: „Berlibla". Anzeigenpreis: Zeile 10 M., Stellen-Gesuche und Familien-Anzeigen 5 M. Nachrufe nach Bst. Tarif.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 39; Zimmerstraße 50; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 68/69; Nathenower Str. 3; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstr. 9; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 236 u. 346; Pilotystraße 69; Fidicinstr. 9; Wiener Str. 1/6; Greifswald. Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Lychstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenbg.: Lauenzienstr. 2; Kantstr. 34; Scharrenstr. 39; Nürnbg. Str. 25/26; Kaiserdamm 29; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Brunsw.: Hensteenpl.; Lichtenbg.: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kais.-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Vorbholm. Str. 1; Schulstr. 28; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Mart.-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 141; Treptow: Krüllsstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserpl. 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schlußstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschönweide: Brückenstr. 23; Potsdam: Brandenburg. Str. 29; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradepl. 8.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Nr. 440 • Ausgabe A Nr. 222
Ausgabe für Berlin und Umgegend Nr. 440

Sonntag, 18. September 1921
50. Jahrgang

Die Reichsregierung gegen den bayerischen Minister Oswald

Eine amtliche Erklärung.

Berlin, 17. September. (Amtlich.)

Der bayerische Sozialminister Oswald hat nach vorliegenden Zeitungsberichten in überaus scharfer Weise die Reichsregierung und insbesondere den Reichskanzler in einer öffentlichen Rede in München angegriffen. Zu den einzelnen Auslassungen des bayerischen Ministers wird vorläufig amtlich folgendes erklärt:

Herr Minister Oswald spricht davon, daß **der „Berliner Wagen"** sich bereits nach dem bayerischen Budgetrecht sehne und diesem dem Berliner Wagen einverleiben wolle, Berlin werde in diesem Bestreben von einer „Außendeutschen Stelle" unterstützt; der Grund zu diesem Vorgehen des Reiches sei die Hoffnung, mit Hilfe des bayerischen Etats eher das Ultimatum erfüllen zu können. Herr Oswald fordert selbst den Reichskanzler zu einer Stellungnahme zu solchen Gerüchten auf. Dies geschieht hiermit.

Der Reichsregierung ist von solchen Plänen und Absichten nichts bekannt; diese würden auch der Auffassung des Reichskanzlers in keiner Weise entsprechen. Die Gerüchte, die der Minister Oswald voreilig weitergegeben, sind frei erfunden und gehören in das Gebiet jener tendenziösen Verleumdungen, die in letzter Zeit in Umlauf gesetzt werden, um die Reichsregierung zu diskreditieren.

Auch an einer anderen Stelle seiner Rede hat der Minister Oswald davon gesprochen, daß die **Regierungspolitik unter Einflüssen von außen** stehe. Eine solche Unterstellung entspricht nicht den Tatsachen und muß im Interesse der Würde des Reiches zurückgewiesen werden.

Ferner hat Minister Oswald in seiner Rede den Vorwurf erhoben, man habe in Berlin die „bayerische Verkehrs-, Finanz- und Heereshoheit verschachert". Die Abgrenzungen der Souveränität der Länder im Verhältnis zum Reich sind in der Weimarer Verfassung festgelegt. Alle späteren Regelungen erfolgten auf Grund und im Rahmen dieser verfassungsmäßigen Bestimmungen, an denen Bayern sowohl durch seine Volksvertretung als auch durch seine Staatsorgane mitgewirkt hat. Es kann also billigerweise nicht von einem einseitigen Akt der Reichsregierung, geschweige denn von einer Verschacherung bayerischer Rechte die Rede sein. Im Gegenteil, **bei der Auseinandersetzung zwischen Bayern und dem Reich ist, wie jedem in den Gang der damaligen Verhandlungen Eingeweihten bekannt ist, auf die bayerischen Wünsche mehr als auf die jedes anderen Landes Rücksicht genommen worden.**

Ferner hat Minister Oswald mit Bezug auf **das Abkommen von Spaa** die Behauptung aufgestellt, dort seien die bayerischen Einwohnerwehren von der Reichsregierung verschachert und den Bayern die Ententevertreter auf den Hals geschickt worden. Es ist jedermann bekannt, daß die Annahme des Abkommens von Spaa unter dem Druck der Entente zustande gekommen ist. Wie man auf ein solches Abkommen den von Minister Oswald beliebten Ausdruck „verschachern" anwenden kann, ist unerfindlich.

Die neuesten Auseinandersetzungen, die zwischen dem Reich und Bayern wegen der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 stattfinden, hat Minister Oswald dahin charakterisiert, daß die Reichsregierung dabei den „starken Mann" spielen wolle. Die Reichsregierung glaubt, durch ihr Verhalten, ebenso wie durch wiederholte ausdrückliche Erklärungen genügend dargetan zu haben, daß sie den Konflikt zu vermeiden und den Weg der Verständigung zu beschreiten gewillt ist.

In einem Münchener Telegramm des „Berliner Lokalanzeigers" wird die Behauptung aufgestellt, die Andeutungen, die der bayerische Staatsminister Oswald in der Versammlung der Bayerischen Volkspartei gemacht habe, bezögen sich darauf, daß ein Staatssekretär in Berlin in amtlichem Auftrage einen Entwurf zu einem deutschen Einheitsstaat ausgearbeitet habe, in dem die Bundesstaaten unter Aufhebung ihrer Regierungen und Landtage unter Gewährung einer Scheinautonomie in Verwaltungsbezirke verwandelt werden sollen. Dieser Berliner Plan sei auf Verlangen der Entente ins Werk gesetzt worden, um im Interesse der sonst unmöglichen deutschen Reparationszahlungen die Kosten des deutschen Regierungsapparates zu verringern.

Hierzu wird amtlich mitgeteilt, daß der Reichsregierung von einem solchen Plan nicht das geringste bekannt ist, und daß kein Staatssekretär der Reichsregierung einen solchen Plan bearbeitet hat.

Ehrhardt über seine Besuche bei Pöhner.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

□ **München,** 17. September.

Korvettenkapitän a. D. Ehrhardt sendet den „Münchener Neuesten Nachrichten" eine Erklärung aus Salzburg, in der es heißt: „Nach dem Kapp-Putsch versuchte ich, Teile meiner Leute unterzubringen. Die meisten wurden in Norddeutschland angesiedelt, ein kleiner Teil in Süddeutschland und Bayern. Von diesen Leuten waren die meisten Süddeutsche. Bei dieser Gelegenheit war ich einige Male auf dem Polizeipräsidium und beim Polizeipräsidenten Pöhner. Wohlweislich hatte ich mich vorher erkundigt, ob irgendeine Anweisung mich betreffend vorlag, da mir bekannt war, daß gegen Oberst Bauer und Hauptmann Pabst Haftbefehle erlassen waren. Gegen mich war der Haftbefehl zurückgehalten, solange die Brigade noch schlagbereit im Münsterlager stand. Als ich nach Auflösung meiner Brigade dank meiner Verbindungen in Berlin erfuhr, daß gegen mich der Haftbefehl erlassen war und Bayern entsprechende Anweisungen erhalten würde, habe ich mich schleunigst entfernt und nichts mehr von mir hören und sehen lassen. Ich bin inzwischen gelegentlich in Deutschland gewesen, doch geschah das nur vorsichtig, so daß es unmöglich war, meiner habhaft zu werden. Ich war nicht so töricht, ausgerechnet bayerische Grenzstellen zu überschreiten. Von einer Konferenz in Rosenheim weiß ich nichts. Oberst Bauer sah ich zuletzt in Budapest, Hauptmann Pabst seit den Kapp-Tagen überhaupt nicht mehr. Mit Minister Roth bin ich weder mündlich, noch schriftlich, noch durch Mittelspersonen je in Verbindung gewesen." (Wieweit diese Angaben zutreffend sind, läßt sich natürlich nicht sagen. Die Red.)

Das „Bedauern" der preußischen Staatsregierung.

Der Bericht des Staatskommissars Weismann.

Berlin, 17. September. (W. T. B.)

Die preußische Staatsregierung übermittelt uns folgende Erklärung: In der von dem Herrn Reichskanzler am 15. September im Ausschuß des Reichstages verlesenen Niederschrift, die der preußische Staatskommissar für öffentliche Ordnung dem Herrn Reichskanzler auf dessen Wunsch übergeben hat, ist von Ermittelungen die Rede, die in Bayern von dem Staatskommissar veranlaßt worden sind. **Diese Ermittelungen haben im Mai 1920 und zwar auf Anordnung der damaligen Reichsregierung stattgefunden.** Zur Erklärung hierfür dient, daß der preußische Staatskommissar für öffentliche Ordnung seit Bestehen der Einrichtung auch von den Reichsinstanzen in Anspruch genommen wird und von diesen Aufträge empfängt. Das Reichskommissariat für öffentliche Ordnung war zudem damals erst im Entstehen begriffen. Das preußische Staatsministerium hat von den durch seinen Staatskommissar angestellten Ermittelungen erst durch die Verlesung der Niederschrift durch den Herrn Reichskanzler im Reichstagsausschuß Kenntnis erhalten. **Das Staatsministerium bedauert, daß derartige Schritte seiner Organe in einem anderen Lande stattgefunden haben, ohne daß darüber die Regierung dieses Landes unterrichtet worden war.** Es bedauert weiter, daß darüber der Oeffentlichkeit Mitteilung gemacht worden ist, bevor die Regierung des beteiligten Landes die Möglichkeit hatte, sich zu dem Ergebnis der damaligen Ermittelungen zu äußern. Gegen eine Wiederholung derartiger Vorkommnisse sind die geeigneten Vorkehrungen getroffen.

Eine Erklärung Stegerwalds.

Berlin, 17. September. (W. T. B.)

Ueber den materiellen Streitfall zwischen dem Reich und Bayern hat Ministerpräsident Stegerwald einem Vertreter des Wolffschen Telegraphenbureaus auf Befragen folgendes erklärt: Wie schon durch den amtlichen Pressedienst der preußischen Regierung mitgeteilt worden ist, habe ich am letzten Dienstag mit dem Herrn Reichskanzler eine Besprechung über die durch die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 29. August in Bayern und im Reich geschaffenen Lage gehabt. Ich habe bei dieser Gelegenheit mich dahin ausgesprochen, daß ich es für dringend erwünscht halten würde, wenn die augenblickliche Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reich und Bayern möglichst bald beigelegt werden könnten, und daß mir hierzu die neuen bayerischen Abänderungsvorschläge zu der Verordnung vielleicht mit einigen Modalitäten als eine annehmbare Grundlage erschienen. Auf diesem Standpunkte stehe ich auch jetzt noch. Ueber die Frage des Ausnahmezustandes in Bayern habe ich mich nicht ausgesprochen. Das es sich dabei meiner Ansicht nach um eine Einzelfrage handelt, die ausschließlich zwischen dem Reich und Bayern selbst abzumachen ist. Die Belange der anderen deutschen Länder werden dabei nicht unmittelbar berührt. Ich bin weiter der Ansicht, daß die jetzige Zeit bei der außerordentlich ernsten außenpolitischen und finanziellen Lages des Reiches und bei der Erregung im Innern aus Anlaß der Ermordung Erzbergers nicht geeignet ist, Fragen der staatlichen Zuständigkeiten zwischen dem Reich und den Ländern auf die Spitze zu treiben und bis zur endgültigen Klärung zu bringen. Ich würde auch aus diesem Gesichtspunkte ein gegenseitiges Entgegenkommen begrüßen, durch das die derzeitige Spannung möglichst bald aus der Welt geschafft werden könnte. Dazu ist meiner Meinung nach allerdings nötig, daß die Dinge nicht durch parteipolitische Brillen, sondern ruhig und sachlich betrachtet und behandelt werden.

*

Entgegen mehreren Blättermeldungen beabsichtigt die Reichsregierung, wie wir hören, nicht, dem Ministerpräsidenten **Stegerwald eine Vermittlerrolle** in dem Konflikt mit Bayern anzubieten.

(Siehe auch Seite 2.)

Tages- oder Dauerpolitik?

Von [Nachdruck verboten.]

Staatsminister a. D. Osser.

Die neuerlich auf sozialdemokratische Anregung abgehaltene Besprechung unter den drei alten Koalitionsparteien über eine Umbildung der preußischen Staatsregierung sind zu meinem lebhaften Bedauern zunächst noch ergebnislos geblieben. Das war insofern vorauszusehen, als die Fraktionen gegenwärtig nicht versammelt sind und schon deshalb ein Abweichen von dem früher eingenommenen Standpunkt nicht allzu wahrscheinlich war. Nichtsdestoweniger scheinen mir die Verhandlungen einen Fortschritt gegen früher erkennen zu lassen. Dieser liegt nicht bloß darin, daß die an sich äußerst unerfreulichen Differenzen persönlicher Art zwischen Zentrum und Sozialdemokratie in das Stadium gegenseitig verständiger Behandlung gebracht werden konnten, ich erblicke ihn vor allem in der klaren Fragestellung, ob bei der Regierungserneuerung eine Tages- oder eine Dauerpolitik getrieben werden soll. Diese Fragestellung brauchte in der Landesversammlung nicht herausgearbeitet zu werden, weil in ihr die festgefügte Mehrheit der alten Koalition die Dauer von selbst versprach. Sie ist aber heute auch um deswillen angebracht, weil es darauf ankommt, in unserem jungen Volksstaat die Republik zu stärken, also eine republikanische Konzentrations- und Konsolidationspolitik zu betreiben. Auch um deswillen sollte jede Regierungsumbildung nicht nur dem Heute, sondern vorbedacht und wohlüberlegt dem Morgen dienen.

Es herrschte in der erwähnten Besprechung unter den drei alten Koalitionsparteien volle Uebereinstimmung über das Unbefriedigende des gegenwärtigen Zustandes in Preußen. Die Vertreter des Zentrums und der Demokratie sprachen den Wunsch aus, die Sozialdemokratie baldmöglichst wieder in der Regierung vertreten zu sehen, sie mußten aber auch hinzufügen, daß ihre Fraktionen aus Gründen einer Dauerpolitik die Verbreiterung der Regierung unter gleichzeitigem Einschluß der Deutschen Volkspartei ertreben. Die sozialdemokratischen Wortführer lehnten ein Zusammenwirken mit der Deutschen Volkspartei nicht grundsätzlich ab, sie waren aber der Meinung, daß sich die Entwicklung dieser Partei erst noch weiter gestalten und ihr deshalb zunächst noch eine Bewährungsfrist gegeben werden müsse. Sie konnten sich dabei auf gegensätzliche Aeußerungen aus dieser Partei berufen. Das wäre dann in der Praxis auf die Errichtung eines neuen Uebergangsministeriums hinausgekommen, das in absehbarer Zeit voraussichtlich abermals umgebildet werden müßte. Das wurde von sozialdemokratischer Seite als im Bereiche der Möglichkeit liegend anerkannt.

Ich kann gewisse Bedenken der Sozialdemokratie an sich verstehen, obgleich ich der Meinung bin, es sei politisch richtiger, sie in der gegenwärtigen Situation im Interesse der notwendigen Konsolidierung der Republik zurückzustellen. Aber gegen Interimsministerien möchte ich doch auf Grund meiner praktischen Erfahrungen lebhaftesten Einspruch erheben, ich bin beinahe überzeugt, daß die Republik derartige Zwischenschaltungen kaum noch erträgt, daß sie wenigstens ihre Festigung nicht erleichtern. Der parlamentarische Minister der Republik ist der Natur der Dinge nach mehr in das Unsichere gestellt, als es der beamtete Minister des Kaiserreiches war; er kann über eine zufällige Konstellation zu Falle kommen. Soll er etwas leisten, soll er die Ausführung von Aufgaben und Ideen in Angriff nehmen, die über die bloße Repräsentation hinausführen, soll er an der Demokratisierung seiner Verwaltung, an ihrer Durchdringung mit dem Gedanken des Volksstaates erfolgreich tätig sein, dann muß er den Halt an einer festen Mehrheit für sich haben. Er darf sich nicht von Anfang an als bloßen Platzhalter fühlen, der nur so lange gut genug ist, bis eine vorauszusehende parlamentarische Neugruppierung wirklich sich vollzieht. Welche psychischen Widerstände ein „Minister auf Abbruch" in sich selbst überwinden muß, weiß ich aus eigener Erfahrung vielleicht besser als ein anderer. Denn in den Eisenbahnen wie in den Wasserstraßen hatte ich Aufgaben zu lösen, die um so schneller zu Ende führen mußten, je energischer sie in Angriff genommen wurden; ich hatte mich also ganz bewußt selbst überflüssig zu machen. Ich glaube, nach dem vorliegenden Ergebnis die dazu erforderliche außergewöhnliche Nerven- und Spannkraft aufgebracht zu haben, aber unter derartigen Umständen langfristige Umgestaltungen vorzubereiten, deren Weiterbetreuung in fremder Hand liegt, zählt kaum zu den dankbaren Aufgaben. Letzten Endes ist das nur möglich, insoweit ein vertrauensvolles Verhältnis zu den Mitarbeitern bereits gewonnen ist. Wer aber neu an die Spitze eines Ministeriums berufen wird unter der Deklaration, daß er in absehbarer Zeit aller Wahrscheinlichkeit nach wieder zurücktreten werde, dem bleibt gar nicht die Möglichkeit, ein solches Vertrauensverhältnis erst herzustellen, schon weil er die eigene Verwaltung nicht genügend durchforschen kann. Der Beamtenkörper betrachtet ihn als wieder auszuscheidenden Fremdstoff, er hat gar keine Veranlassung, sich auf eine solche „vorübergehende Erscheinung" einzustellen. Entweder stockt die Verwaltung, oder an Stelle des Ministers entscheiden seine Räte. Das ist dann das gerade Gegenteil von Demokratisierung und parlamentarischem System. Wer aber die Verhältnisse von innen kennt, wird mir darin recht geben.